



Geschäftsführung Ausschuss Kunst und Kultur

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23657

Fax: (0221) 221-24141

E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 11.01.2012

Niederschrift

über die **17. Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 06.12.2011, 15:34 Uhr bis 20:14 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
----------------------------	-----

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Wolfgang Bosbach	SPD	in Vertretung von Frau Brunn (bis 17:05 Uhr)
Frau Anke Brunn	SPD	
Frau Monika Möller	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	in Vertretung für Bürgermeisterin Scho-Antwerpes
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Helmut Jung	CDU	
Herr Jürgen Koch	CDU	in Vertretung für Herrn Knieps
Frau Katharina Welcker	CDU	
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Stefan Peil	GRÜNE	
Herr Peter Sörries	GRÜNE	
Herr Dr. Ulrich Wackerhagen	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Sengül Senol	DIE LINKE
Herr Klaus Hoffmann	Freie Wähler Köln
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Winfried Gellner	SPD-Fraktion
---------------------------	--------------

Herr Till Kniola	SPD
Frau Karin Reinhardt	CDU
Herr Dr. Ulrich Soénius	CDU
Frau Freifrau Jeane von Oppenheim	CDU
Frau Maria Spering	GRÜNE
Frau Friederike van Duiven	GRÜNE
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Frau Maren Friedlaender	FDP
Frau Rita Krause	pro Köln
Frau Monika Ruiten	DIE LINKE
Herr Ludwig von Rautenstrauch	

Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger

Herr Dr. Reinhard Heinemann
Frau Dr. Heike Otto

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Schwerbehindertenvertretung	in Vertretung für Frau Palm
Frau Maria Blank	Seniorenvertretung	in Vertretung für Herrn Klehn

Verwaltung

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander	Dezernat für Kunst und Kultur
Herr Dr. Konrad Schmidt-Werthern	Leiter des Kulturamtes
Frau Dr. Hannelore Vogt	StadtBibliothek

Schriftführer

Herr Uwe Freitag	Dezernat für Kunst und Kultur
------------------	-------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Franz-Josef Knieps	CDU
Herr Michael Gabel	proKöln

Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger

Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner	Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerin
--------------------------------------	--

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Ute Palm	Behindertenvertretung
Herr Gert Klehn	Seniorenvertretung
Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist vor Beginn der Sitzung auf die Vergabe des Tanz- und Theaterpreises am 5. Dezember 2011 hin und hebt die Arbeit der Kölner Tanz- und Theaterszene positiv hervor. Sie gratuliert im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur allen Preisträgern.

Beigeordneter Prof. Quander macht auf die vorliegende Tagesordnung aufmerksam und weist darauf hin, dass zum Tagesordnungspunkt 6.2 zusätzliche Anlagen zum „Klimaschutzkonzept Köln“ als Tischvorlage vorliegen. Zum Ablauf der Sitzung schlägt er vor, zunächst mit den Betriebsausschüssen Bühnen, Gürzenich-Orchester und Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud zu beginnen.

Zum Ablauf der Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur schlägt er vor, den Tagesordnungspunkt 6.9 „Erstmalige Vergabe von Konzeptionsförderung in der Sparte Tanz“ gemeinsam mit TOP 10.4 „Erfahrungsbericht über die ersten Beratungen des Tanzbeirates“ und den Tagesordnungspunkt 6.10 „Herrichtung der Orangerie“ gemeinsam mit TOP 10.7 „Beantwortung der FDP-Anfrage betreffend Sanierungsbedarf der Orangerie“ zu behandeln.

Außerdem bittet er darum, für die Vorstellung des Vorsitzenden der Stiftung Stadtgedächtnis, Herrn Dr. Lafaire das Rederecht zu erteilen. Ebenso für Herrn Prof. Kuball für die Präsentation zur „Fassadeninszenierung des Kulturdezernates“.

RM von Bülow fragt, warum die Beantwortung einer Anfrage unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen zu finden sei.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert hierzu, dass dies seit je her so gehandhabt werde. Beantwortungen von Anfragen aus vergangenen Sitzungen gebe man dem Ausschuss als Mitteilung zur Kenntnis. Sollte eine Beantwortung der Verwaltung zu einer aktuellen Anfrage bereits vorliegen, wird diese zu dem entsprechenden Tagesordnungspunkt umgedruckt und so auf die Tagesordnung genommen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, das Verfahren zu prüfen.

RM von Bülow macht darauf aufmerksam, dass die Beantwortung zum Thema „Stifter und Mäzenen“ immer noch nicht vorliege.

Der Ausschuss nimmt die Änderungen zur Tagesordnung zur Kenntnis, stimmt zu und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A** Vorstellung des Vorsitzenden der Stiftung Stadtgedächtnis, Dr. Stefan Lafaire
- B** Fassadeninszenierung des Kulturdezernates Richartzstraße 2-4 in Kooperation mit der Kunsthochschule für Medien Köln
Präsentation von Prof. Kuball

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

3 Kulturbauten

4 Schriftliche Anfragen

5 Schriftliche Anträge

- 5.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Stadtbibliothek 2020"
AN/2108/2011

6 Allgemeine Vorlagen

- 6.1 Aufstellung von Kunstskulpturen mit dem Titel "Adam und Eva 2010" des Künstlers Jörg Barner an der Treppenanlage des Platzes Rosenhof in Köln-Bickendorf
0380/2011
- 6.2 Klimaschutzkonzept Köln - vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012
3272/2011
- 6.3 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages über Lieferung von Filmen, Musik-CDs, Hörbüchern, Software, elektronischen Spielen und Gesellschaftsspielen für die Stadtbibliothek Köln für die Zeit vom 01.05.2012 bis 30.04.2014 zzgl. einjähriger Verlängerungsoption
3325/2011
- 6.4 Durchführung des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekts "Einwerbung und Erschließung von Galeriepublikationen" in der Kunst- und Museumsbibliothek
3974/2011
- 6.5 Beschluss über die Auswertung der Ergebnisse der intensiven Bürgerbeteiligung (moderierter Workshop) im Juli 2011 zur zukünftigen Entwicklung der

ehemaligen Archivflächen in Köln-Altstadt/Süd zur Weiterbearbeitung im Wettbewerb Kaiserin-Augusta-Schule
4166/2011

6.6 Bühne der Kulturen e. V.
hier: Gewährung eines einmaligen Zuschusses zur nachhaltigen Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation, Hj. 2011
4611/2011

6.7 Personalausstattung Archäologische Zone und Jüdisches Museum Köln
4292/2011

6.8 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2012 - 2014
3226/2011

6.9 Erstmalige Vergabe von Konzeptionsförderung in der Sparte Freier Tanz, Hj. 2012-2014
4185/2011

6.10 Herrichtung der Orangerie, Volksgartenstraße 25, 50677 Köln
Mitteilung der Ergebnisse der Kostenschätzung
4594/2011

7 Sonderausstellungen

8 Annahme von Schenkungen

9 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10 Mitteilungen der Verwaltung

10.1 Unterschutzstellung der ehemaligen Gaststätte zur Walkmühle
4230/2011

10.2 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (AN/1716/2011) betreffend "Entwicklung von Drittmitteln für kulturelle Projekte und Kultureinrichtungen in Köln"
4239/2011

10.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. zusätzliche Mittel für die freie Kulturszene von 100.000 € in 2011 und Gesamtstatus der Mittelabflüsse an die freie Kulturszene in 2011 (AN/1831/2011)
4446/2011

10.4 Erfahrungsbericht über die ersten Beratungen des Tanzbeirates
4453/2011

- 10.5 Sonderkonzert am Rathaus-Glockenspiel anlässlich Abschlussveranstaltung des Netzwerk Neue Musik in Köln am 17.12.2011
4588/2011
- 10.6 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion (AN/1812/2011) betreffend "Indiskretion bei Personalberufungen"
4419/2011
- 10.7 Anfrage der FDP-Fraktion vom 17.06.2011 betr. Sanierungsbedarf der Orangerie (AN/1234/2011)
4751/2011
- 10.8 Beschlussprotokoll der 6. Sitzung des Kunstbeirates in der Ratsperiode 2009 - 2014 am 10.11.2011
4726/2011
- 10.9 Bericht Provenienzforschung 2010-2011
4844/2011
- 10.10 Feldversuch "StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum in Köln"
hier: Wettbewerbsergebnis
4851/2011
- 10.11 Anschlussprojekt ON - Neue Musik Köln
4873/2011
- 10.12 Ankäufe Museen, hier: Wertgrenzen für die Einholung von Gutachten
4940/2011
- 10.13 Scriptorium für Kölner Schriftsteller initiiert - Kooperation zwischen der Stadt Köln und der AntoniterCityKirche
4948/2011
- 10.14 Akademie der Künste der Welt, Köln
hier: Sachstandsbericht
4835/2011

11 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 12 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 13 Schriftliche Anfragen**
- 14 Schwerpunktthemen**
- 15 Schriftliche Anträge**
- 16 Allgemeine Vorlagen**
- 17 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 18 Mitteilungen der Verwaltung**
 - 18.1 Kulturbunker Köln-Mülheim e. V.
4695/2011
 - 18.2 Prüfbericht Vergabe und Verwaltung von Atelierräumen sowie Gewährung von Investitionskostenzuschüssen zum Ausbau von Atelierräumen
4788/2011
- 19 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Vorstellung des Vorsitzenden der Stiftung Stadtgedächtnis, Dr. Stefan Lafaire

Beigeordneter Prof. Quander stellt den Vorsitzenden der Stiftung Stadtgedächtnis, Dr. Lafaire vor und stellt dessen Werdegang dar.

Der Vorsitzende der Stiftung Stadtgedächtnis Dr. Lafaire berichtet über die Arbeit, die Aufgaben und seine Vorhaben mit der Stiftung Stadtgedächtnis.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Vorstellung und wünscht Herrn Dr. Lafaire sehr viel Erfolg bei seinem ambitionierten Vorhaben.

Freifrau von Oppenheim unterstreicht, dass der Vorsitzende der Stiftung Stadtgedächtnis eine sehr schwierige Aufgabe habe. Dies hänge ihres Erachtens auch damit zusammen, weil die Gründung der Stiftung so lange gedauert habe.

Frau Friedlaender fragt, wie es mit dem Stiftungskapital und den Erträgen aussehe und wie viele Spenden im Jahre 2011 eingegangen seien.

Der Vorsitzende der Stiftung Stadtgedächtnis Dr. Lafaire erläutert, dass er diese Punkte zunächst mit dem Vorstand und dem Kuratorium erörtern wolle. Der Spendenanteil im Jahre 2011 liege bisher unter 15.000 EUR.

Herr Sörries spricht die Problematik der fünfjährigen Ausbildung der Restauratoren an, die nach seiner Auffassung für eine erhebliche Zeitverzögerung bei der Restaurierung der Archivalien Sorge und fragt nach Alternativen.

Herr Deutsch erkundigt sich nach der Kernstrategie, um die notwendigen Spender zu akquirieren

RM Zimmermann fragt, ob es Verhandlungen mit dem Landschaftsverband gebe, diesen in den Vorstand der Stiftung zu berufen.

Der Vorsitzende der Stiftung Stadtgedächtnis Dr. Lafaire hält es für wichtig darüber nachzudenken, welche Teilbereiche durch Arbeitskräfte aus artverwandten Berufen bearbeitet werden können, so dass sie den Anforderungen und Aufgaben des Historischen Archivs genügen. Diesen Prozess der Arbeitsteilung gebe es allerdings in keinem anderen Archiv und müsse erst erprobt werden.

Zur Strategie erklärt er, dass er die Stiftung als Marke aufbauen wolle. Wenn diese etabliert sei, müsse man versuchen, auf nationaler und internationaler Ebene an alle möglichen Fördertöpfe zu gelangen. Nach einer gewissen Zeit werde dies zu einem Schneeballeffekt führen.

Er erklärt außerdem, dass die Gründungsmitglieder den Vorstand bilden. Alles Weitere sei über das Kuratorium geregelt. Ihm liege die Zusage des LVR vor, dass dieser weiterhin 200.000 EUR in die Restaurierung investieren wolle.

Herr Dr. Heinemann fragt, ob der Neubau des Historischen Archivs ebenfalls von der Stiftung finanziert werde.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass die Stiftung nicht für die Errichtung des Neubaus zuständig sei, sondern die Stadt Köln

**B Fassadeninszenierung des Kulturdezernates Richartzstraße 2-4 in Kooperation mit der Kunsthochschule für Medien Köln
Präsentation von Prof. Kuball**

Prof. Kubal präsentiert anhand einer PowerPoint-Präsentation die Ergebnisse des Ideenwettbewerbs für die Fassadeninszenierung des Kulturdezernates.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur für die Präsentation und begrüßt die Initiative.

Herr Dr. Wackerhagen empfiehlt, die Gewerbebetreibenden in der Innenstadt künstlerisch zu beraten lassen, damit die Einkaufsstraßen wieder ästhetischer werden. Außerdem sollte man auf die Anbringung von riesengroßen Leuchtreklamen verzichten.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister pflichtet dem grundsätzlich bei und zeigt auf, dass es eine Nutzungs- und Gestaltungsordnung gebe. Dieses Ansinnen werde im Gestaltungsbeirat und im Stadtentwicklungsausschuss intensiv besprochen.

Prof. Kubal merkt an, dass er dies begrüßen würde. Ein entsprechender Prozess müsse jedoch moderiert werden.

Auf Nachfrage von RM Zimmermann erklärt Prof. Kubal, dass mit der Fa. Merzenich bezüglich der Außenwerbung noch kein Gespräch stattgefunden habe.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

3 Kulturbauten

4 Schriftliche Anfragen

5 Schriftliche Anträge

**5.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Stadtbibliothek 2020"
AN/2108/2011**

RM Dr. Elster begründet den Antrag seiner Fraktion.

Die Leiterin der StadtBibliothek Dr. Vogt erläutert die Planungen und projektierten Entwicklungen der StadtBibliothek. Sie sagt zu, das Dokument dem Ausschuss Kunst und Kultur zur Verfügung zu stellen.

Die CDU-Fraktion zieht den Antrag zurück.

6 Allgemeine Vorlagen

**6.1 Aufstellung von Kunstskulpturen mit dem Titel "Adam und Eva 2010" des Künstlers Jörg Barner an der Treppenanlage des Platzes Rosenhof in Köln-Bickendorf
0380/2011**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister befürwortet eine einvernehmliche Lösung mit dem Stifter, dem Künstler und dem Kunstbeirat.

Beigeordneter Prof. Quander macht auf das negative Votum des Kunstbeirates in dieser Angelegenheit aufmerksam. Außerdem zeigt er auf, dass die Beschlussvorlage nach der Schlusszeichnung im April 2011 nicht ins Verfahren gegeben worden sei und deshalb den zuständigen Gremien nicht vorgelegt werden konnte. Um die Sache nicht noch weiter zu verzögern habe man sich dazu entschlossen, das Votum des Kunstbeirates in einem Umlaufverfahren einzuholen, da die nächste Kunstbeiratssitzung erst im März 2012 stattfindet.

Frau van Duiven schlägt vor, dass die GAG künftig direkt Kontakt mit dem Kunstbeirat aufnehmen müsse, wenn sie Kunst verorten wolle.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass die Geschäftsverteilung des Rates vorsehe, den Kunstbeirat, den Ausschuss Kunst und Kultur und die Bezirksvertretung zu beteiligen. Er befürwortet nachhaltig den Standpunkt des Kunstbeirates, sich in solchen Fällen auf einen Wettbewerb zu verständigen.

Frau Rauchschnalbe vom Grünflächenamt weist darauf hin, dass die Zeitverzögerung bis zur Freigabe der Beschlussvorlage einem Kommunikationsproblem innerhalb der Verwaltung geschuldet sei. Sie stellt weiter dar, dass die denkmalgeschützte Rosenhofsiedlung in Köln-Bickendorf durch die GAG Immobilien AG generalsaniert werde. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld habe in ihrer Sitzung am 03.11.2008 die Sanierung der historischen Grün- und Spielfläche „Am Rosenhof“ als grünes Zentrum der Rosenhofsiedlung beschlossen. Die GAG habe ihre Unterstützung bei der Platzsanierung angeboten und will die Sanierung der stark geschädigten Umgrenzungsmauer übernehmen. Eine zeitnahe Umsetzung der gesamten Platzsanierung scheiterte an der später verfüigten städtischen Haushaltssperre.

Sie erklärt weiter, dass im Frühjahr 2011 die GAG der Stadt Köln erneut ihre Unterstützung bei der Platzsanierung in Aussicht gestellt habe. Im Zusammenhang mit dem Aufstellen der Kunst, für die man die Mauerbereiche an der Treppe statisch ertüchtigen müsse, könnten weitere Bereiche der Umgrenzungsmauern um die Platzfläche saniert werden, die von den Baumwurzeln erheblich geschädigt seien.

Sie macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung für die Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 17.01.2011 eine Mitteilung erstellt habe, in der die bevorstehende Sanierung der Platzfläche und die damit verbundenen Fällarbeiten der 12 Eiben und Sträucher auf der Platzfläche angekündigt worden seien. Vor Beginn der Vogelschutzfrist, im Februar 2011, sei im Vorgriff auf die bevorstehende Mauersanierung die Rodung der Gehölze vorgenommen und die Ersatzpflanzung in Form von 32 Zieräpfeln bei einer Baumschule reserviert worden.

Sie weist abschließend darauf hin, dass die Mauersanierung nicht erfolgen werde und somit das Gesamtergebnis der Sanierung fraglich sei, wenn die Genehmigung zur Aufstellung der Kunstskulpturen an der Treppenanlage zur Platzfläche „Am Rosenhof“ nicht erteilt werde. Außerdem würde eine Neupflanzung von Bäumen ohne vorherige Mauersanierung die Bausubstanz weiter erheblich beeinträchtigen. Zudem sei eine Sanierung aus städtischen Mitteln nicht gesichert.

RM von Bülow schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in die Bezirksvertretung Ehrenfeld zu verweisen. Außerdem müsse aus ihrer Sicht das Verfahren für solche Fälle überprüft werden, denn grundsätzlich sei die Initiative der GAG begrüßenswert.

Frau Reinhardt hält es für sinnvoll, dass der Vorstand der GAG künftig für solche Maßnahmen ein Wettbewerbsverfahren eingehe, um somit den Kunstbeirat an seiner Seite zu haben.

Frau Ruiten merkt an, dass ihres Erachtens der an dieser Stelle vorhandene Kinderspielplatz wiederhergestellt werden müsse.

RM Dr. Elster spricht sich dagegen aus, die Beschlussvorlage ohne Votum in die Bezirksvertretung Ehrenfeld zu verweisen. Er ist dafür, die Angelegenheit nach der Beratung in der Bezirksvertretung Ehrenfeld erneut im Ausschuss Kunst und Kultur zu beraten.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister fragt, ob ein Wettbewerb in diesem Verfahren vereinbart worden sei. Sie betont, dass der Ausschuss Kunst und Kultur sich grundsätzlich an das Votum des Kunstbeirates halten wolle. Nun gebe es die Situation, die mit einem Stifter verbunden sei, mit dem man vernünftig umgehen wolle. Von daher wäre es aus ihrer Sicht sinnvoll, die Bezirksvertretung Ehrenfeld, den Kunstbeirat und den Stifter zusammen zu bringen, um eine einvernehmliche Lösung zu finden. Sie erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach dem Zeitfenster, um dies zu ermöglichen.

RM Jung betont, dass ein geregelter Wettbewerb nicht nur grundsätzlich durchgeführt werden müsse, sondern auch für dieses Projekt.

RM von Bülow lehnt den Vorschlag ab für die Aufstellung dieser Skulpturen einen Wettbewerb durchzuführen. Schließlich habe die GAG die Kunstwerke bereits in Auftrag gegeben. Außerdem sei die Bezirksvertretung Ehrenfeld das entscheidende Gremium.

Frau Brunn macht darauf aufmerksam, dass das Kunstwerk noch nicht erstellt worden sei. Dem Kunstbeirat sei lediglich ein Entwurf vorgelegt worden. Im Übrigen schließt sie sich dem Vorschlag der Vorsitzenden an.

Herr Deutsch spricht sich dafür aus, grundsätzlich dem Votum des Kunstbeirates zu folgen. Die zuständige Bezirksvertretung Ehrenfeld könne ja trotzdem zu einem anderen Ergebnis kommen.

RM Zimmermann pflichtet dem bei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet die Verwaltung, vor einer Entscheidung durch die Bezirksvertretung Ehrenfeld mit dem Kunstbeirat, dem Stifter und dem Künstler das Gespräch zu suchen

Beigeordneter Prof. Quander stellt dar, dass dieses Verfahren in früheren Fällen zu keiner einvernehmlichen Lösung geführt habe. Im Übrigen sei das Votum des Kunstbeirates eindeutig.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister betont, dass in diesem Gespräch die GAG aufgefordert werden könnte, die Angelegenheit anders anzufassen.

Der Referent der Denkmalpflege der GAG erklärt, dass die Wohnungsbaugesellschaft bereits Kunst im öffentlichen Raum aufgestellt habe und die Skulpturen Teil eines Projektes seien. Die Aufstellung geschehe grundsätzlich in den Wohnsiedlungen der GAG. In dem vorliegenden Fall habe man einen entsprechenden Antrag gestellt, Kunst im öffentlichen Raum der Stadt Köln aufzustellen. Hierzu gebe einen Gestattungsvertrag zwischen dem Stifter und der Stadt Köln. Er weist darauf hin, dass er das in diesem Fall federführende Amt darauf hingewiesen habe, den Kunstbeirat mit einzubeziehen. Zudem macht er darauf aufmerksam, dass an der besagten Stelle bereits in den 1920er Jahren Kunst aufgestellt worden sei. Dies wolle man mit der Aufstellung der Skulpturen wiederbeleben. Abschließend erklärt er die Bedeutung der Kunstobjekte von Jörg Barner und unterstreicht, dass die Skulpturen bereits fertig gestellt seien.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister zeigt auf, dass die Ausführungen deutlich machen, dass es in dem Verfahren der Verwaltung Optimierungsbedarf gebe.

Frau Ruiten möchte wissen, wie die GAG mit dem negativen Votum des Kunstbeirates umgehe und ob das Kunstwerk speziell hierfür in Auftrag gegeben worden sei.

Der Referent der Denkmalpflege der GAG erklärt, dass es einen Vertrag zwischen dem Künstler und der GAG gebe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister betont, dass ihre Fraktion den Einsatz der GAG für die Denkmalpflege und die Förderung von Kunst für die Neugestaltung von Plätzen und Siedlungen begrüßt.

Sie schlägt vor, dem Votum des Kunstbeirates zu folgen. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld müsse als Beschlussorgan hierüber dann ihre Entscheidung treffen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, der GAG Immobilien AG, Josef-Lammerting-Allee 20-22, 50933 Köln, die Genehmigung zur Aufstellung von Kunstskulpturen mit dem Titel „Adam und Eva 2010“ des Künstlers Jörn Barner, unbefristet bis auf Widerruf im Bereich der städtischen Grünanlage Am Rosengarten, Köln-Bickendorf, zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt.

Anmerkung:

Der Ausschuss Kunst und Kultur schließt sich damit dem Votum des Kunstbeirates an.

6.2 Klimaschutzkonzept Köln - vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012 3272/2011

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien weiter zu geben, da es in den Fraktionen noch Beratungsbedarf gebe.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass mit der Vorlage zum Klimaschutzkonzept Köln das Umweltdezernat eine umfassende Studie zur Erreichung von Klimaschutzziele in Köln vorlege. Die darin vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen ergeben Energieeinspareffekte mit signifikanter finanzieller Auswirkung für die Stadt Köln. Er unterstreicht, dass er den Aufbau eines eigenständigen Energiemanagements für die Kultureinrichtung der Stadt Köln begleitet habe. Die mit der Erstellung des Sofortprogramms "Impuls 20ELF" beauftragten Firmen haben in sämtlichen Vorgesprächen darauf hingewiesen, dass im Bereich der Kultureinrichtungen kurzfristig durch eine kontinuierliche und zeitnahe Verbrauchskontrolle nennenswerte Energie- und Kosteneinsparungen von schätzungsweise 180.000 € erzielt werden können. Die Erschließung dieses Potenzials erfordert jedoch die Einrichtung eines eigenständigen Energiemanagements durch zusätzliches Fachpersonal. Er ist der Auffassung, dass diese Stelle zwangsläufig bei der Bauunterhaltung der Museen angesiedelt werden müsse, um optimale Synergie-Effekte zwischen der Arbeit des Energieberaters und den anstehenden Sanierungen in den Kölner Museen zu gewährleisten. Nur von dort könne man die bisher mit 30.000 € veranschlagten Sofortmittel für gering- investive Maßnahmen optimal in den Prozess einbringen und die Initiative für ein Energiecontracting optimal vorbereiten. Er bittet darum, dies bei den Beratungen in den Fraktionen zu berücksichtigen.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.3 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages über Lieferung von Filmen, Musik-CDs, Hörbüchern, Software, elektronischen Spielen und Gesellschaftsspielen für die Stadtbibliothek Köln für die Zeit vom 01.05.2012 bis 30.04.2014 zzgl. einjähriger Verlängerungsoption
3325/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur ermächtigt die Verwaltung, eine europaweite losweise Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages über die Lieferung von Filmen, Musik-CDs, Hörbüchern, elektronischen Spielen und Gesellschaftsspielen durchzuführen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.4 Durchführung des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekts "Einwerbung und Erschließung von Galeriepublikationen" in der Kunst- und Museumsbibliothek
3974/2011**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister begrüßt das Projekt der Kunst- und Museumsbibliothek und dessen Finanzierung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Sie schlägt vor, dass man die Aktivitäten der verschiedenen Akteure zusammen führe. Sie nennt in diesem Zusammenhang das Stadtarchiv und die Universitätsbibliothek, aber auch das ZADIK (Zentralarchiv des internationalen Kunsthandels e.V.).

Sie weist darauf hin, dass der Rat keine Stelle für die Dauer von 36 Monaten, sondern von zweimal 18 Monaten beschließen soll, da seitens der DFG vorgesehen sei, das geplante Projekt nach Abschluss der ersten 18 Monate einer Überprüfung zu unterziehen. Erst danach sei beabsichtigt, den Arbeitsvertrag für weitere 18 Monate zu verlängern. Dies müsse ihres Erachtens deutlicher hervorgehoben werden.

Freifrau von Oppenheim stellt dar, dass ZADIK hauptsächlich die Archive bedeutender Galerien und Kunsthändler bewahre. Im Übrigen hebt sie die Wichtigkeit und die historische Bedeutung der Sammlung der Kunst- und Museumsbibliothek hervor.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat beschließt die Durchführung des zu 100% von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekts „Einwerbung und Erschließung von Galeriepublikationen“ im Zeitraum 01.01.2012 bis 31.12.2014.

Hierzu beschließt der Rat die Einrichtung einer Vollzeitstelle Diplom Bibliothekarin / Diplom Bibliothekar, VGr. IVb BAT, für die Dauer von 36 Monaten bei der Kunst- und Museumsbibliothek.

Zum Stellenplan 2012 wird daher eine auf den Refinanzierungszeitraum befristete Stelle 1,0 Dipl.-Bibl. VGr. IVb (TVöD E 10) eingerichtet.

Für die kurzfristige Umsetzung des Projektes unmittelbar nach Eingang der verbindlichen Förderzusage wird bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2012 verwaltungsin-tern eine entsprechende Verrechnungsmöglichkeit zur Verfügung gestellt.

Die zahlungswirksamen Erträge in Höhe von 250.200 € für die Jahre 2012 bis 2014 werden im Haushaltsplan 2012 inkl. Finanzplanung 2013 – 2015 im Teilergebnisplan 0409 – Kunst- und Museumsbibliothek / Rheinisches Bildarchiv – in Teilplanzeile 2 – Zuwendungen und allg. Umlagen veranschlagt. Gleichzeitig werden die korrespondierenden zahlungswirksamen Aufwendungen in den Teilplanzeilen 11 – Personalaufwendungen (182.700 €) und 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (67.500 €) veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.5 Beschluss über die Auswertung der Ergebnisse der intensiven Bürgerbeteiligung (moderierter Workshop) im Juli 2011 zur zukünftigen Entwicklung der ehemaligen Archivflächen in Köln-Altstadt/Süd zur Weiterbearbeitung im Wettbewerb Kaiserin-Augusta-Schule 4166/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die geprüften, ausgewerteten und mit den jeweiligen Empfehlungen zur Weiterbearbeitung versehenen Ergebnisse aus der intensiven Bürgerbeteiligung (moderierter Workshop) am 15. und 16.07.2011 in das weitere Verfahren "Realisierungswettbewerb Erweiterung Kaiserin-Augusta-Schule – mit städtebaulichem Ideenteil" einfließen zu lassen (vergleiche Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.6 Bühne der Kulturen e. V. hier: Gewährung eines einmaligen Zuschusses zur nachhaltigen Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation, Hj. 2011 4611/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Finanzausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, dem Verein einen einmaligen Zuschuss von bis zu 58.100 € zu bewilligen.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen bei den Positionen Liquiditätshilfen (33.100 €) und Stabilitätsfonds (25.000 €) zur Verfügung.

Der Gesamtbetrag von 58.100 € soll ausschließlich für die Beseitigung brandschutzrechtlicher Auflagen verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.7 Personalausstattung Archäologische Zone und Jüdisches Museum Köln
4292/2011**

Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.

**6.8 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2012 -
2014
3226/2011**

Auf Nachfrage von Frau Brunn erläutert Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern, dass für die dreijährige Projektförderung die Zuschusshöhe auf 6.000 € begrenzt worden sei und die Szene dies nicht abbilde. Deshalb wolle die Kulturverwaltung die Antragshöhe nicht limitieren. Er macht darauf aufmerksam, dass man Bewerbungen, die bis zum Ende des Jahres eingehen, noch mit der dreijährigen Projektförderung bescheiden könne.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat beschließt –vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2012- für das Haushaltsjahr 2012 im Bereich der Filmkulturförderung nachfolgende Zuschüsse zur Strukturförderung zu gewährleisten:

Afrika-Filmfestival "Jenseits von Europa" von FilmInitiativ Köln e.V	50.000 €
„SoundTrack_Cologne“ von Televisor Troika GmbH	25.000 €

Der Rat beabsichtigt, sofern die Haushaltslage dies erlaubt, die jährliche Zuschusshöhe bis zum Jahr 2014 beizubehalten.

Der Rat beschließt außerdem die Aufhebung der im Filmkulturförderkonzept festgelegten maximalen Zuschusshöhe der neu beschlossenen Dreijährigen Projektförderung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.9 Erstmögliche Vergabe von Konzeptionsförderung in der Sparte Freier Tanz, Hj. 2012-2014 4185/2011

RM von Bülow kritisiert, dass es bereits im Vorfeld eine Veröffentlichung in der Presse gegeben habe. Im Übrigen spricht sie sich positiv über die erste Vergabe der Konzeptionsförderung für den Tanz aus.

RM Welcker schließt sich dem an, bedauert allerdings, dass nur zwei Kompanien gefunden worden seien, die der Förderung seitens des Beirates als würdig befunden worden seien. Sie schlägt vor, im nächsten Jahr noch eine weitere Kompanie zu überprüfen. Hiermit wolle man die Vorschläge des Beirates nicht in Frage stellen, sondern anderen Tanzkompanien die Möglichkeit geben, sich um eine entsprechende Förderung zu bewerben.

Herr Deutsch merkt an, dass die Veröffentlichung in der Presse zu der Mitteilung und der vorliegenden Beschlussvorlage für Irritationen in der Tanzszene gesorgt habe. Er bittet die Verwaltung, eine sachlich fundierte Zusammenfassung der Sachlage darzustellen. Er möchte außerdem wissen, wie viele Mittel der Beirat insgesamt vergeben habe und ob diese damit erschöpft seien. Zudem interessiert es ihn, ob bestimmte Förderinstrumente nicht genutzt worden seien.

Frau Brunn regt an, die Vergabe der Projektförderung und die dreijährigen Konzeptionsförderung zu überprüfen. Es sei ihres Erachtens nicht zwingend notwendig, dass dies im gleichen Rhythmus bleibe. Sie hält es außerdem für wichtig, aus dem jetzigen Verfahren für die Zukunft zu lernen, um zu einer Transparenz der Antragsstellungsverarbeitung zu gelangen.

Beigeordneter Prof. Quander weist auf die ausführliche Beratung des Tanzförderkonzeptes und den entsprechenden Beschluss im Ausschuss Kunst und Kultur hin und fügt hinzu, dass man seines Erachtens für die Tanzszene die richtigen Instrumente habe. Dies zeige die Fülle von Anträgen auf. Er macht darauf aufmerksam, dass man das Förderinstrument nun zum ersten Mal angewandt habe und räumt ein, dass es in der Kommunikation einen gewissen Optimierungsbedarf gebe.

Kulturamtsleiter Schmidt-Werthern erläutert, dass der Tanzbeirat mit den neuen Förderinstrumenten die alte Summe der Tanzförderung zu vergeben gehabt habe. Hierbei musste überlegt werden, wie die Summe von 236.000 EUR mit Blick auf die drei Förderinstrumente zu verteilen sei. Er zeigt auf, dass erfahrungsgemäß im zweiten Halbjahr mehr Förderanträge gestellt werden und zudem in der ersten Jahreshälfte der Haushalt noch nicht beschlossen worden sei. Demnach bekomme man von der Kämmerei eine Bewirtschaftungssperre auferlegt, welche zur Folge habe, dass für das erste Halbjahr 2012 vom Gesamtansatz nur vierzig Prozent verausgabt werden. Dies sei der Grund für das Missverständnis und warum es zu der Aussage gekommen sei, dass nicht alle Mittel verausgabt worden seien.

Zur Veröffentlichung in der Presse erklärt er, dass dies unglücklich gelaufen sei. Allerdings habe der Tanzbeirat die Politik bei einem Gesprächstermin über die Gründe informiert.

Bezüglich der Anregung von Herrn Deutsch zu einer zusammengefassten Gesamtvorlage weist er darauf hin, dass es bei der jährlichen Einzelprojektförderung nicht Usus sei, dass die Verwaltung darüber berichte. Hierbei handele es sich um das Geschäft der laufenden Verwaltung. Er bietet an, dies eventuell global darzustellen.

Er erläutert, dass sowohl bei einer Ablehnung als auch bei einer positiven Votierung ein Angebot an jeden Antragssteller gemacht worden sei, dies in einem persönlichen Gespräch zu begründen. Insofern sei eine Transparenz gegeben.

Zu der Anregung von RM Welcker erklärt er, dass man die Regelung der dreijährigen Förderung anders gestalten könne. Dies habe jedoch zur Folge, dass im nächsten Jahr, durch eine neue Antragsfrist, der einjährigen Förderung weniger Mittel zur Verfügung stehen.

Herr Sörries hält es für unglücklich, dass auch die Beurteilungen der abgelehnten Bewerber in der Mitteilung aufgeführt seien.

RM Dr. Elster kritisiert, dass lediglich zwei Kompanien gefördert werden, obwohl das Konzept die Förderung von drei Kompanien vorsehe. Er stellt deshalb für die CDU-Fraktion den Antrag, dass die Verwaltung prüft, inwieweit die noch ausstehenden möglichen Mittel zur Konzeptionsförderung im kommenden Jahr mit einer kürzeren Laufzeit von zweieinhalb Jahren vergeben werden können.

RM von Bülow lehnt den Antrag ab und zeigt auf, dass der Tanzbeirat den Vertretern der Fraktionen erläutert habe wie man die Mittel vergeben werde. Es sei jedoch aus ihrer Sicht wichtig, in der Diskussion zu bleiben und zu prüfen, ob die vorhandenen Instrumente zum gewollten Ziel führen.

Frau Brunn fragt, ob allen Antragstellern, die sich für die dreijährige Förderung beworben haben, deutlich gemacht worden sei, dass sie möglicherweise auch eine einjährige Förderung bekommen könnten.

RM Welcker unterstreicht, dass aus ihrer Sicht im ersten Anlauf dem Antragssteller nicht ganz deutlich werde, wie er sich zu bewerben habe und welche Strukturen gefragt seien. Deshalb habe ihre Fraktion den mündlichen Antrag gestellt.

Kulturamtsleiter Schmidt-Werthern macht deutlich, dass man hierfür Geld aus den verbleibenden Mitteln für drei Jahre binden müsse, die für Projektförderung zur Verfügung stehen. Dies sei im Förderkonzept genau beschrieben.

Herr Dr. Wackerhagen stellt dar, dass aus seiner Sicht Klärungsbedarf bestehe und er deshalb den mündlichen Antrag der CDU-Fraktion unterstütze.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister lässt zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und anschließend über die Beschlussvorlage der Verwaltung abstimmen.

Die CDU-Fraktion stellt folgenden mündlichen Änderungsantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die noch ausstehenden möglichen Mittel zur Konzeptionsförderung im kommenden Jahr mit einer kürzeren Laufzeit von zweieinhalb Jahren vergeben werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich -gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion- abgelehnt.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2012 - für das Haushaltsjahr 2012 im Bereich des Freien Tanzes nachfolgende Betriebskostenzuschüsse zu gewährleisten:

Kompanie Mouvoir/ Stefanie Thiersch	30.000,- €
Kompanie Silke Z./ Silke Giles	30.000,- €

Der Rat beabsichtigt, sofern die Haushaltslage dies erlaubt, die jährliche Zuschusshöhe bis zum Jahr 2014 beizubehalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.10 Herrichtung der Orangerie, Volksgartenstraße 25, 50677 Köln
Mitteilung der Ergebnisse der Kostenschätzung
4594/2011**

Herr Deutsch bedauert, dass die Stadt Köln sich dazu entschieden habe, die Fördermöglichkeiten zur Sanierung der Orangerie nicht anzufordern. Dies sei mit der Begründung von erheblichen Folgekosten abgelehnt worden. Nun müsse der städtische Haushalt trotzdem Eigenmittel für eine Denkmalsanierung aufbringen. Er kritisiert in diesem Zusammenhang die Antwort der Verwaltung zu der Anfrage seiner Fraktion bezüglich des Erhaltes der Spielstätte. Er befürchtet, dass mit dieser Vorgehensweise die Spielstätte in der Orangerie nicht aufrecht zu erhalten sei.

RM Welcker schließt sich den Ausführungen ihres Vorredners an und ergänzt, dass es einen entsprechenden Ratsantrag gegeben habe, die Fördermittel zum Erhalt der Orangerie zu beantragen. Dieser sei jedoch abgelehnt worden. Sie fragt, wo man nun die Mittel hernehmen wolle, um beispielsweise den Spielort für den Tanz aufrecht zu erhalten. Sie spricht sich für ihre Fraktion dafür aus, die Orangerie zu erhalten und als Spielstätte herzurichten.

RM von Bülow stellt dar, dass es sich lediglich um eine Kostenschätzung handele, die man Hiermit in den Haushaltsplanberatungen nutzen könne. Die Kosten für den Denkmalschutz seien in der Vorlage dargestellt und ergänzend in der Verwaltungsmitteilung die Kosten, die für eine dauerhafte Bespielung des Gebäudes notwendig werden. In diesem Zusammenhang betont sie nochmals das Interesse ihrer Fraktion am Erhalt des Objekts als Kultureinrichtung.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister betont, dass die Vorlage dazu diene, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu prüfen wie es weitergehe. Hierfür müsse die Verwaltung die entsprechenden Zahlen vorlegen.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat nimmt die Ergebnisse der Kostenschätzung über die Herrichtung der Orangerie, Volksgartenstr. 25, 50677 Köln, einschl. der angrenzenden Lünette 3 und der Außenanlagen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Hinweis: Die Beschlussvorlage wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 10.7 behandelt.

7 Sonderausstellungen

8 Annahme von Schenkungen

9 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10 Mitteilungen der Verwaltung

**10.1 Unterschutzstellung der ehemaligen Gaststätte zur Walkmühle
4230/2011**

Der stellvertretende Vorsitzende Peil übernimmt die Sitzungsleitung.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.2 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(AN/1716/2011) betreffend "Entwicklung von Drittmitteln für kulturelle
Projekte und Kultureinrichtungen in Köln"
4239/2011**

RM Zimmermann bezieht sich auf die Ausführung zum Projekt des NS-Dokumentationszentrums „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln“ und fragt, ob es seitens der Verwaltung Bemühungen gebe, die Landesförderung auch nach 2013/2014 zu erhalten oder die Überlegung dies selbst weiter zu finanzieren.

Beigeordneter Prof. Quander sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. zusätzliche Mittel für
die freie Kulturszene von 100.000 € in 2011 und Gesamtstatus der Mit-
telabflüsse an die freie Kulturszene in 2011
(AN/1831/2011)
4446/2011**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.4 Erfahrungsbericht über die ersten Beratungen des Tanzbeirates
4453/2011**

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 6.9 behandelt.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.5 Sonderkonzert am Rathaus-Glockenspiel anlässlich Abschlussveranstal-
tung des Netzwerk Neue Musik in Köln am 17.12.2011
4588/2011**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.6 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion (AN/1812/2011) betreffend "Indiskretion bei Personalberufungen" 4419/2011

Herr Dr. Wackerhagen hält die Beantwortung für nicht ausreichend und fragt, ob die Auswahlgespräche schon soweit gediehen waren, dass beispielsweise der Personalrat mit einbezogen war. Er unterstreicht, dass eine derartige Indiskretion künftig nicht mehr vorkommen dürfe und man das Verfahren bei Personalberufungen eventuell überdenken bzw. verbessern müsse.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass arbeitsrechtliche Konsequenzen nachzuweisen sind. Man habe keine Indizien dafür finden können, wo die Indiskretion entstanden sei und ob dies überhaupt innerhalb der Stadtverwaltung geschehen sei. Er weist darauf hin, dass die Personalentscheidung beim Oberbürgermeister und bei ihm gelegen habe. Die Verträge seien während der Sommerpause ausgearbeitet worden, um diese dem Rat im September zur Entscheidung vorzulegen.

Herr Dr. Wackerhagen bemerkt, dass durch ein standardisiertes Verfahren nachvollziehbar sein müsse, wer zu welchem Zeitpunkt über gewisse Kenntnisse verfüge. Er bittet darum, dieses Verfahren den Fraktionssprechern zu erläutern. Außerdem macht er darauf aufmerksam, dass nach der Veröffentlichung in der Presse Verhandlungen mit anderen Bewerbern nicht mehr möglich gewesen seien.

Frau Friedlaender möchte wissen, ob es im Bereich des Kulturdezernenten Mitarbeiter gebe, die sowohl für die Presse als auch für die Stadt Köln arbeiten.

Beigeordneter Prof. Quander verneint, dass es städtische Mitarbeiter gebe, die für die Presse arbeiten.

Der stellvertretende Vorsitzende Peil verweist darauf, dass die Debatte in dieser Form im nichtöffentlichen Teil fortgeführt werden müsse.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.7 Anfrage der FDP-Fraktion vom 17.06.2011 betr. Sanierungsbedarf der Orangerie (AN/1234/2011) 4751/2011

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 6.10 behandelt.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.8 Beschlussprotokoll der 6. Sitzung des Kunstbeirates in der Ratsperiode 2009 - 2014 am 10.11.2011 4726/2011

RM Zimmermann fragt, ob die Diskussion zur Freiraumgestaltung des Offenbachplatzes im Unterausschuss Opernquartier noch einmal ausführlicher dargestellt werde. Ihn interessiere insbesondere die zu entwickelnde Alternative für die Wegeführung der Fußgänger.

Beigeordneter Prof. Quander macht deutlich, dass der Ratsbeschluss für die Entwicklung der Freiraumplanung die Einbindung des Gestaltungsbeirates und des Kunstbeirates vorsehe. Der Betriebsausschuss Bühnen und der Unterausschuss Opernquartier werde über den jeweiligen Sachstand informiert.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.9 Bericht Provenienzforschung 2010-2011
4844/2011**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.10 Feldversuch "StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum in Köln"
hier: Wettbewerbsergebnis
4851/2011**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.11 Anschlussprojekt ON - Neue Musik Köln
4873/2011**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.12 Ankäufe Museen, hier: Wertgrenzen für die Einholung von Gutachten
4940/2011**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.13 Scriptorium für Kölner Schriftsteller initiiert - Kooperation zwischen der
Stadt Köln und der AntoniterCityKirche
4948/2011**

RM von Bülow fragt nach den Kosten für die Stadt Köln.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erläutert, dass es sich um ein kostenneutrales Projekt handele.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.14 Akademie der Künste der Welt, Köln
hier: Sachstandsbericht
4835/2011**

RM von Bülow regt an, den Initiativkreis durch ein entsprechendes Forum in den Fokus zu rücken, wenn die Akademie der Künste der Welt die Arbeit aufnehme.

Herr Dr. Wackerhagen fragt, warum man die Rechtsform der Akademie nicht bereits vor dem Ratsbeschluss geprüft habe. Er kritisiert außerdem, dass die Auswahl des

Geschäftsführers erst nach der Berufung der Akademiemitglieder erfolgt. Demnach habe der Geschäftsführer keinen Einfluss auf die Auswahl der Kandidaten.

Beigeordneter Prof. Quander entgegnet, dass der Grundgedanke stets die Auflegung einer klassischen Akademie gewesen sei, die sich selbst verwalte und ihre Richtlinien bestimme. Demnach soll sich die Akademie selbständig entwickeln, sobald die Gründungsmitglieder installiert worden seien. Der Geschäftsführer könne hier beratend tätig sein.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erklärt, dass im Ratsbeschluss eine Rechtsform zwar präferiert, diese aber nicht festgeschrieben worden sei. Die Haltung der Bezirksregierung sei erst nach Vorlage der Stiftungssatzung und weiterer Fakten erkennbar geworden.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11 Mündliche Anfragen

11.1 Museumspädagogik ganz neu

RM von Bülow fragt, warum es über dieses Projekt keine Mitteilung an den Ausschuss Kunst und Kultur gegeben habe, sondern lediglich eine Presseerklärung für die Öffentlichkeit.

11.2 Hännischen Theater

RM von Bülow bezieht sich auf einen Artikel in der Kölnischen Rundschau, in dem von „Knatsch im Hännischen Theater“ die Rede sei und fragt nach dem Hintergrund.

Beigeordneter Prof. Quander antwortet, dass es eine Vereinbarung zwischen dem Intendanten des Hännischen Theaters und der ehemaligen Kulturdezernentin gebe, dass er mit dem Erreichen der Altersgrenze aus dem aktiven Dienst der Stadt Köln ausscheide. Diese Vereinbarung sei nicht verändert worden. Nach internen Abstimmungen sei man zu der Überzeugung gekommen, dass ein Wechsel in der Leitung des Theaters in Frage komme. Dies sei mit der jetzigen Leitung der Puppenspiele bereits kommuniziert. Im Übrigen sei die Stelle öffentlich ausgeschrieben und es liegen bereits Bewerbungen vor. Er unterstreicht, dass es innerhalb der Belegschaft des Theaters keinen „Knatsch“ gebe.

11.3 Archäologische Zone

RM von Bülow fragt, ob die Ausweitungen der Grabungen noch im Rahmen des beschlossenen Ausgrabungsgebietes seien. Zudem macht sie auf die Problematik der Verkehrsflächen rund um das Rathaus und die Archäologische Zone aufmerksam.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass es keine Ausweitung gegenüber der Projektbeschreibung und dem Ratsbeschluss gebe. Er betont, dass die Grabungen noch weitergehen und die Portalsgasse sowie die Fläche vor dem Rathaus dazugehören. Schließlich müsse man den Anschluss an den ergrabenen Teil des Pratoriums unter dem Spanischen Bau noch schaffen.

Der Leiter der Archäologischen Zone Dr. Schütte erklärt zur Verkehrssituation, dass mit den zuständigen Ämtern ein entsprechender Plan entwickelt worden sei, um die Zugänglichkeit des Spanischen Baus und des Historischen Rathauses zu gewährleisten.

11.4 Zündorfer Wehrturm

RM Möller fragt, warum und seit wann der Zündorfer Wehrturm eingerüstet sei und wie hoch die anfallenden Reparaturkosten sind. Sie bittet darum, die schriftliche Beantwortung auch der Bezirksvertretung Porz vorzulegen.

11.5 Mikwe

RM Möller möchte wissen, warum am Tag des Denkmals die Mikwe geschlossen gewesen sei.

Der Leiter der Archäologischen Zone Dr. Schütte erklärt hierzu, dass man die Mikwe schließen musste, weil die starke Korrosion, insbesondere des Geländers, die Sicherheit gefährdet habe. Im Übrigen führe man momentan einen Klimaversuch für das gesamte Museum, im Rahmen des EU-Projektes Portico, durch. Er weist zudem darauf hin, dass der Boden abgesackt sei und es deshalb zu Senkungen im Mauerwerk gekommen sei. Dieses Problem versuche man durch Klimamonitoring zu lösen.

11.6 Beschluss des Kulturausschusses des LVR zur Archäologische Zone

Frau Brunn verweist auf den Beschluss des Kulturausschusses des LVR zur Archäologische Zone und fragt, wann die vorgesehene übergeordnete Lenkungsgruppe eingerichtet werde. Weiterhin seien drei thematische Arbeitsgruppen vorgesehen. Hierbei handele es sich um eine inhaltlich-konzeptionelle, eine baulich-funktionale sowie eine betrieblich-finanzielle Arbeitsgruppe. In diesem Zusammenhang möchte sie wissen, wann diese Arbeitsgruppen eingerichtet und wie sie besetzt werden.

Außerdem interessiert sie, welche Schritte bisher bezüglich einer Moderation und Koordination zur Unterstützung der vorgesehenen Lenkungsgruppe zwischen dem LVR und der Stadt Köln unternommen worden seien. Abschließend macht sie darauf aufmerksam, dass der LVR eine unabhängige Begutachtung der bisherigen Grabungsprotokolle gefordert habe und fragt, was diesbezüglich unternommen werde.

Beigeordneter Prof. Quander sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Er weist darauf hin, dass es in der kommenden Woche erste Gespräche geben werde.

11.7 Besichtigung des Restaurierungs- und Digitalisierungszentrum des Historischen Archivs

Frau Reinhardt berichtet, dass die Mitglieder des Ausschusses Kunst und Kultur per Mail zu einem Besuch im RDZ eingeladen worden sei und fragt, ob es bei dem Besichtigungstermin am 27. Januar 2012, 15:00 Uhr bleibe.

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia bejaht dies.

11.8 Ausschusstermine

Frau Ruiten schlägt vor, grundsätzlich mehr Termine für den Ausschuss Kunst und Kultur festzusetzen, um damit die Dauer der einzelnen Sitzungen zu verkürzen. Außerdem sei die Ansetzung von Sondersitzungen oft zu kurzfristig.

Beigeordneter Prof. Quander ergänzt, dass die Ausschusstermine zwischen den Fraktionen und dem Amt des Oberbürgermeisters für das ganze Jahr festgelegt werden.

11.9 Archäologische Zone

RM Zimmermann fühlt sich nicht ausreichend informiert über den Fortgang des Projektes und mit welchen Zielsetzungen die Stadt Köln in die Verhandlungen mit dem LVR gehen wolle. Er fragt, ob es bezüglich des Neubaus des Museums nicht sinnvoll wäre über ein Moratorium nachzudenken, bis klar sei, wer die Betriebskosten dafür übernehme. Er bittet außerdem darum, den Ausschuss Kunst und Kultur regelmäßig über das Thema zu informieren.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass man die Frage der inhaltlichen Abstimmung im Laufe der Gespräche klären müsse. Ein wichtiger erster Schritt sei hierbei die einvernehmliche Ermittlung der Betriebskosten und in welcher Form der LVR sich daran beteiligen werde.

RM Zimmermann hält es für sinnvoll, zunächst die Verhandlungen zu führen und danach das Projekt weiter voranzutreiben.

Beigeordneter Prof. Quander macht in diesem Zusammenhang auf den gefassten Ratsbeschluss aufmerksam, der dies nicht vorsehe.

Herr Deutsch bemerkt, dass die Stadt Köln grundsätzlich der Betreiber des Museums sei.

Der stellvertretende Vorsitzende Peil empfiehlt, zunächst die ersten Gespräche zwischen dem LVR und der Stadt Köln abzuwarten.

11.10 Offene Anfragen

Herr Dr. Heinemann verweist auf insgesamt vier nicht beantwortete Anfragen zu den Themen Butzweiler Hof, Weltkulturerbe UNESCO, Heinrich-Böll-Platz und Durchgang Römisch-Germanisches Museum.

Beigeordneter Prof. Quander verweist bezüglich des Butzweiler Hofes und dem Durchgang des Römisch-Germanischen Museums auf die entsprechenden Ratsbeschlüsse. Zum Thema Weltkulturerbe berichtet er, dass die Stadt Köln sich entschieden habe, keinen Antrag auf Aufnahme in die Tentativliste zu stellen. Bezüglich des Heinrich-Böll-Platzes erläutert er, dass die Federführung hierfür beim Baudezernat liege.

11.11 Konzept Archäologische Zone

RM Dr. Elster fragt, wann die Konzeptskizze der Archäologischen Zone bezüglich der musealen Ausstellung ergänzt werde. Er möchte außerdem wissen, ob die Verwaltung plane, die Exponate aus der Grabung vor der Fertigstellung des Museumsbaus in einer Sonderausstellung zu präsentieren.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass eine Weiterentwicklung des Konzeptes ausgearbeitet werde. Ferner weist er darauf hin, dass man die Exponate in einer Wanderausstellung präsentieren wolle.

Der stellvertretende Vorsitzende Peil schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag
(Schriftführer)

gez. Stefan Peil
(stellvertretender Vorsitzender)